

Wahlprüfsteine 2013

Aktuelle Themen, die bewegen – leicht lesbar!

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung bringt sich auch im Wahljahr 2013 ein und fragte bei den Parteien ihre politische Positionen ab. Die Mitarbeiter des [RAUS-Projektes](#) haben den Bundestags-Parteien Fragen zur Bundestagswahl übermittelt und gebeten, ihre Positionen und Konzepte einzubringen.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien auf die Prüfsteine geantwortet. Weiterhin veröffentlichen wir auf Wunsch der Piratenpartei auch ihre Positionen.

Die Parteien äußerten sich zu wahlentscheidenden Themen - in kurzen, einfachen und leicht verständlichen Sätzen.



Hier die Antworten von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1.) Wie steht Ihre Partei dazu, dass Deutschland andere EU-Staaten finanziell unterstützt?

Grundsätzlich sind wir dafür, dass Deutschland andere Staaten unterstützt. In der Krise wurde ein Großteil der Hilfen aber gar nicht an die Staaten gegeben, sondern vor allem an Banken. Die Probleme von Irland und Spanien kommen von Banken, die die Spareinlagen der Kunden verspekuliert haben. Wir wollen daher eine Schuldenbremse für Banken. Diese wird dafür sorgen, dass Banken künftig das Geld ihrer Aktionäre nutzen müssen, wenn sie spekulieren wollen. Wenn dann Verluste entstehen, müssen diese von den Aktionären und nicht von den Steuerzahlern getragen werden. Wir sind also für die Unterstützung anderer Staaten, aber gegen die Unterstützung von Banken, die sich verspekuliert haben.

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. Berliner Platz 8-10 48143 Münster
Andreas Brinkmann Tim Tjettmers
0251-49099641 0251-49099642
a.brinkmann@alphabetisierung.de t.tjettmers@alphabetisierung.de

2.) Was tut Ihre Partei dafür, dass es mir in Zukunft trotz Finanzkrise nicht schlechter geht?

In der Finanzkrise wurden auch in Deutschland viele Banken mit Steuergeldern gerettet. Die Bundesregierung musste sich dafür Geld leihen und so ist die Verschuldung Deutschlands angestiegen. Wir wollen die Verschuldung in Deutschland wieder senken. Dazu wollen wir hohe Vermögen in Deutschland besteuern. Das ist gerecht, weil diese Menschen eher auf etwas verzichten können, als Menschen mit geringem Vermögen. Außerdem hat die Bankenrettung dazu geführt, dass in Deutschland das Geld der Sparer in den Banken weiterhin sicher ist. Davon haben natürlich reiche Menschen mehr profitiert als arme. Daher ist es doppelt gerecht, dass reiche Menschen mit einer Vermögensabgabe einen Beitrag dazu leisten, die Schulden in Deutschland wieder zu senken.

3.) Wie will Ihre Partei sichern, dass ich sozial abgesichert bleibe?

Wir setzen uns ein für ein soziales Sicherungsnetz, auf das sich jeder Mensch im Bedarfsfall verlassen kann: Schnell, unbürokratisch und in ausreichender Höhe. Dafür haben wir passende Konzepte entwickelt: Die grüne Bürgerversicherung für die Absicherung bei Krankheit. Die Garantierente für den Schutz vor Armut im Alter. Die grüne Grundsicherung zum Schutz in Phasen der Arbeitslosigkeit. Und das grüne Pflegekonzept, wenn man pflegebedürftig wird.

4.) Was bedeutet für Ihre Partei „gerechter Lohn“?

Ein Lohn ist dann gerecht, wenn er der geleisteten Arbeit entspricht. Arbeitet man zum Beispiel mehr Stunden als üblich, muss man auch einen Lohn für die zusätzlichen Stunden bekommen. Macht man dieselbe Arbeit wie ein Kollege oder eine Kollegin, dann muss man auch denselben Lohn bekommen wie der Kollege oder die Kollegin. Ein gerechter Lohn muss aber mindestens so hoch sein, dass man davon für sich selbst ausreichend sorgen kann, wenn man fünf Tage in der Woche den ganzen Tag arbeitet. Dafür muss man mindestens 8,50 Euro pro Stunde verdienen. Viele Menschen verdienen heute in Deutschland weniger als diese 8,50 Euro pro Stunde. Wir setzen uns dafür ein, dass es in Zukunft einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde gibt. Dann muss in Zukunft niemand mehr weniger verdienen.

5.) Was unternimmt Ihre Partei, damit Familie und Beruf für mich vereinbar sind?

Wir wollen, dass Eltern neben ihrem Beruf mehr Zeit für ihre Familie haben. Wir müssen die Arbeitszeiten so regeln, dass es neben dem Recht, weniger zu arbeiten auch ein Recht gibt, wieder mehr zu arbeiten. Darüber wollen wir künftig mit den Gewerkschaften sprechen. Am besten finden wir, wenn beide Eltern nicht den ganzen Tag, sondern zum Beispiel 30 statt 40 Stunden in der Woche arbeiten können. Bisher können beide Eltern gleichzeitig Elternzeit nehmen und Elterngeld bekommen. Sie bekommen dann insgesamt nur 7 Monate lang Elterngeld. Wenn beide Eltern die Elternzeit nacheinander nehmen, gibt es 14 Monate lang Geld. Das ist ungerecht, deswegen wollen wir das ändern. Auch wollen wir, dass sich die Mutter und Vater die Eltern(geld)zeit künftig gerechter aufteilen und die Regeln dazu weiterentwickeln.

Wir wollen, dass die Kinder gut betreut sind, während die Eltern arbeiten. Dazu wollen wir, dass alle Kinder ein Recht auf ein gutes Angebot haben. Wenn die Eltern dies wollen, dann soll es auch immer ein ganztägiges Angebot sein. Neben den Kitas und den Tageseltern brauchen wir auch überall Ganztagschulen. Eigentlich brauchen wir für Kinder ab dem ersten Lebensjahr eine Betreuungsgarantie.

Das Betreuungsgeld lehnen wir dagegen ab, weil es wie eine Fernhalteprämie wirkt – für Frauen, beim beruflichen Wiedereinstieg und für Kinder, die vom Besuch der Bildungsinstitution Kita ausgeschlossen werden. Stattdessen kämpfen wir – dem Elternwillen entsprechend – allerorts für mehr und gute Betreuungsplätze.

6.) Was tut Ihre Partei dafür, dass Wohnen bezahlbar bleibt?

Wir ermöglichen bezahlbares Wohnen. Dazu verbinden wir ein sozial gestaltetes Mietrecht mit der Wohn-Förderung und dem Verbessern des Energieverbrauches von Wohnungen. In unseren Städten werden steigende Mieten ein immer größeres Problem. Wir wollen das ändern und die Mieten bezahlbar halten, damit niemand aus seinem Stadtteil wegziehen muss. Wir werden Mieterhöhungen rechtlich begrenzen. Die Länder bekommen weiterhin Geld für den sozialen

Wohnungsbau. Nur energetische Umbauten und Umbauten für leichteren Zugang dürfen auch dem Mieter aufgebürdet werden. Aber viel langsamer als heute. Mit mehr Förderung und einem Wohngeld auch für energetisch umgebaute Wohnungen senken wir die Kosten weiter ab. So schaffen wir bessere und bezahlbare Wohnungen und die Energiewende.

7.) Was leisten Sie im Bereich Datenschutz im Internet sowie für die Freiheit im Netz?

Der Datenschutz im Internet ist eines der wichtigsten Grundrechte im digitalen Zeitalter. Denn ohne Datenschutz gibt es kein freies Internet. Privatsphäre ist auch im digitalen Zeitalter nicht von gestern. Daher setzen wir uns in Deutschland und in der EU mit aller Kraft für einen starken Datenschutz und Freiheit im Netz ein. Wie wichtig das Recht auf geheime Kommunikation ist, sehen wir aktuell an den Überwachungsskandalen PRISM und TEMPORA. Auch deswegen ist es uns wichtig, dass auch im Netz die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit gewahrt bleibt. Daher wollen wir keine Speicherung von Daten ohne jeden Verdacht. Und auch keine heimlichen Online-Durchsuchungen von Computern. Uns ist wichtig, dass Internetnutzer ihre Daten gegenüber Unternehmen kontrollieren können. Datenschutz und freies Internet sind aber kein rein nationales Thema. Wir setzen uns für eine EU-Datenschutzreform ein, die für alle EU-Bürger einen starken Datenschutz herstellt.

8.) Wo will Ihre Partei im Bereich Bildung Schwerpunkte setzen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen. Wir wollen, dass jeder ein Leben lang lernen kann. Jeder und jede soll die gleichen Möglichkeiten haben, wenn es um Bildung geht. Dazu wollen wir überall die Kitas gut ausstatten und gute Ganztagschulen aufbauen. In den Ganztagschulen sollen alle Kinder miteinander lernen können. Nicht nur in der Grundschulzeit, sondern bis zum Schulabschluss. Jedes Kind wird unterstützt und kann den besten möglichen Schulabschluss erreichen. Dafür sind genug gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in jeder Klasse, die mit anderen Fachleuten (z.B. Schulsozialarbeitern) zusammenarbeiten. Dann kann jedes einzelne Kind so unterstützt werden, wie es das braucht. Damit das geht, muss der Bund die

Länder an den Schulen unterstützen dürfen. Deswegen wollen wir die Verfassung ändern. Darin ist jetzt nämlich noch verboten, dass der Bund für die Schulen mit den Ländern zusammenarbeitet. Wichtig ist uns die Förderung des lebenslangen Lernens, für das die Alphabetisierung eine elementare Grundlage bildet.

Was wir für die einzelnen Stufen unseres Bildungssystems - wie u.a. der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie unser Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungssystem - vorschlagen, können Sie unserem Bundestagswahlprogramm in ausführlicher Form entnehmen. Wichtig ist uns Bildung vor allem zur Persönlichkeitsentwicklung sowie als Schlüssel zu Teilhabe und Chancengerechtigkeit und für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit. Bildungsinvestitionen zu steigern und Bildungsinfrastrukturen auszubauen ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und - beispielsweise angesichts des Fachkräftemangels - auch eine Frage ökonomischer Vernunft.